Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

OECD-Veröffentlichung “Bildung auf einen Blick”

Wesentliche Aussagen in der Ausgabe 2009

Mit ihrer jährlich erscheinenden Publikation *Education at a Glance* / *Bildung auf einen Blick* bietet die OECD einen indikatorenbasierten Überblick zu wichtigen bildungspolitischen Fragen. Dieser Bericht verzeichnet Veränderungen in den verschiedenen Bildungssystemen und weist auf neue Entwicklungen in den OECD-Mitgliedsländern sowie ausgewählten Partnerländern hin. Dadurch ermöglicht *Bildung auf einen Blick* den beteiligten Staaten eine Einschätzung, wo ihre Bildungssysteme im internationalen Vergleich stehen.

Wie in den Vorjahren werden in *Bildung auf einen Blick 2009* internationale Vergleichskennzahlen zur Bildungsbeteiligung und zu Investitionen in Bildung nach Bildungsstufen und -bereichen dargestellt. Auch Indikatoren zu Bildung und Beschäftigung haben mittlerweile einen festen Platz in *Bildung auf einen Blick*. Die verwendeten Basisdaten stammen aus den Jahren 2006 und 2007.

Einige für Deutschland wichtige Befunde aus *Bildung auf einen Blick 2009* werden im Folgenden vorgestellt, ebenso wie relevante Entwicklungen in verschiedenen Bereichen seit 2007.

Hoher Anteil Erwachsener mit einer beruflichen Ausbildung oder Hochschulreife

Aufgrund des ausgebauten Systems allgemein bildender und beruflicher Bildungsgänge in Deutschland ist der Anteil der Bevölkerung, die mindestens über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt, mit 84 % gegenüber dem OECD-Durchschnitt mit 70 % sehr hoch. Die höchsten Anteile erreichen die Tschechische Republik (91 %), Estland (89 %), die Russische Föderation und die USA (je 88 %). Eine Stärke des deutschen Bildungssystems liegt im System der dualen Berufsausbildung. 60 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weist mindestens einen Abschluss im Sekundarbereich auf, 24 % im Tertiärbereich (Hochschul-, Fachschul- und Meisterabschlüsse). Das entspricht im Tertiärbereich in Europa genau dem Durchschnitt, während im OECD-Mittel 27 % erreicht werden. Im Sekundarbereich wird europaweit nur eine Quote von 47 %, OECD-weit sogar nur 43 % erreicht. Hohe Quoten weist Deutschland auch in ISCED 4 auf, d.h. bei

Doppelqualifikationen im Sekundarbereich (z.B. Abitur plus beruflicher Abschluss oder zwei berufliche Abschlüsse). Entsprechend liegt der arbeitsmarktpolitisch besonders problematische Anteil von Personen ohne beruflichen oder höheren Schulabschluss mit 16 % in Deutschland nur etwa bei der Hälfte des OECD- oder EU-Durchschnitts von 30 % bzw. 29 %.

Diese Quote gilt es weiter zu senken, insbesondere dadurch, dass allen Jugendlichen, gerade auch den leistungsschwächeren, eine Chance auf einen Abschluss in der beruflichen Bildung eröffnet wird. Aus diesem Grund haben Bund und Länder sich auf dem Qualifizierungsgipfel im Oktober 2008 darauf verständigt, bis 2015 den Anteil der Schul- und Ausbildungsabbrecher zu halbieren und hierfür verschiedene Maßnahmen vereinbart.

Die Länder haben beschlossen, eine Förderstrategie für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler zu entwickeln. Im Hinblick auf den Übergang in eine berufliche Ausbildung setzen die Länder bereits in der Sekundarstufe I auf die Kooperation mit Betrieben und den Arbeitsagenturen. Besonders sollen hierbei die jungen Menschen mit Migrationshintergrund und sozial Benachteiligte gefördert werden.

Der Bund engagiert sich u.a. durch die Förderung vertiefter Berufsorientierung an Schulen und an überbetrieblichen Berufsbildungsstätten mit den Instrumenten der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit sowie durch strukturell angelegte Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf.

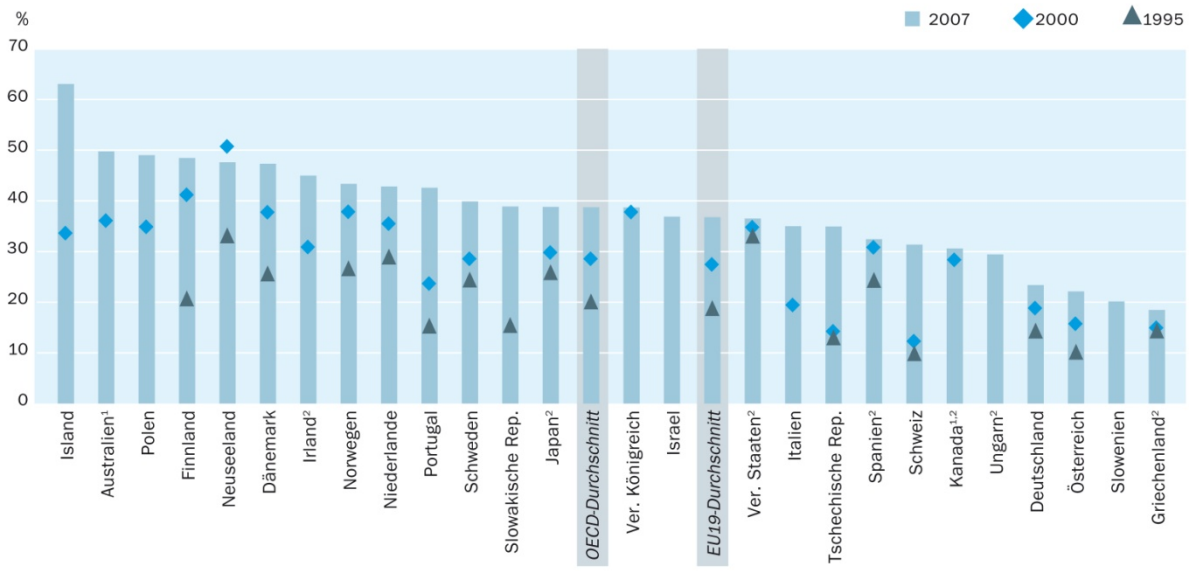
Handlungsbedarf besteht nach wie vor bei den Hochschulabschlüssen, bei welchen Deutschland mit einem Anteil von 16 % bei den 25- bis 64-Jährigen noch unter den internationalen Vergleichswerten von OECD (20 %) und EU (18 %) liegt. Die höchsten Anteile erreichen Norwegen (32 %), die USA (31 %) und die Niederlande (29 %). Die zunehmende Umstellung auf die gestufte Studiengangstruktur wird voraussichtlich auch in Deutschland dazu führen, dass mehr junge Menschen ein Hochschulstudium früher erfolgreich abschließen und die Zahl der Studienabbrecher weiter zurückgeht.

Abschlüsse im Tertiärbereich sind gestiegen, Spitzenstellung bei Promotionen

In Deutschland hat sich die Anzahl der jungen Menschen, die einen Hochschulabschluss erwerben, erfreulich entwickelt. Hatten 1995 erst 14 % eines Altersjahrgangs einen Abschluss im Tertiärbereich A (Universitäts- oder Fachhochschulstudium) erworben, waren es im Jahr 2000 bereits 18 % und im Jahr 2007 23 %.

Abbildung A3.2

Abschlussquoten im Tertiärbereich A in den Jahren 1995, 2000 und 2007 (Erstabschluss)



1. Referenzjahr 2006 anstatt 2007. 2. Für den Tertiärbereich A wurden Brutto-Abschlussquoten berechnet.
Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge der Abschlussquoten im Tertiärbereich A im Jahr 2007.
Quelle: OECD. Tabelle A3.2. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009. StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/664042306054

Das OECD-Mittel hat sich im gleichen Zeitraum von 20 % auf 39 % erhöht. Niedrigere Werte als Deutschland verzeichnen nur Österreich mit 22 % und die Türkei (18 %). Die Länder mit den höchsten Anteilen sind Finnland, Polen und Island mit um oder über 50 %.

Dabei ist allerdings zum Einen zu beachten, dass die aktuell angestiegenen Zahlen bei den Studienanfängern in Deutschland sich erst in einigen Jahren in einer entsprechenden Erhöhung bei den Abschlüssen niederschlagen werden. Zum Anderen werden in Deutschland viele höhere Qualifikationen traditionell im System der beruflichen Ausbildung – insbesondere im ISCED 5B-Bereich (Fachschulen, Meisterausbildung) - erworben, die in anderen Staaten an Hochschulen (ISCED 5A) vermittelt werden. Die berufliche Bildung in Unternehmen und Schulen ist eine tragende Säule des deutschen Bildungssystems.

Für die Sicherung des steigenden Bedarfs an hochqualifizierten Fachkräften und damit der künftigen Innovationsfähigkeit ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses von hoher Bedeutung. Deutschland ist hier gut aufgestellt: Es hält bei den Absolventen weiterführender Forschungsprogramme (i.d.R. Promotionen) eine Spitzenstellung: 2,3 % eines Altersjahrgangs erlangen einen solchen Abschluss. Lediglich Portugal (3,7 %), Schweden und die Schweiz (je 3,3 %) sowie Finnland (2,9 %) erreichen höhere Werte. Das OECD-Mittel liegt bei 1,5 %. Das Ergebnis zeigt, dass in Deutschland auf höchstem Niveau geforscht und gelehrt wird.
Die Bundesregierung fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs durch eine Reihe von Maßnahmen im Rahmen der Programm- und Projektförderung sowie in erheblichem Umfang durch ihre institutionelle Förderung von Wissenschafts- und Mittlerorganisationen. Einen Überblick zur Nachwuchsförderung in Deutschland und über Reformmaßnahmen zu deren weiterer Verbesserung gibt der Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN).

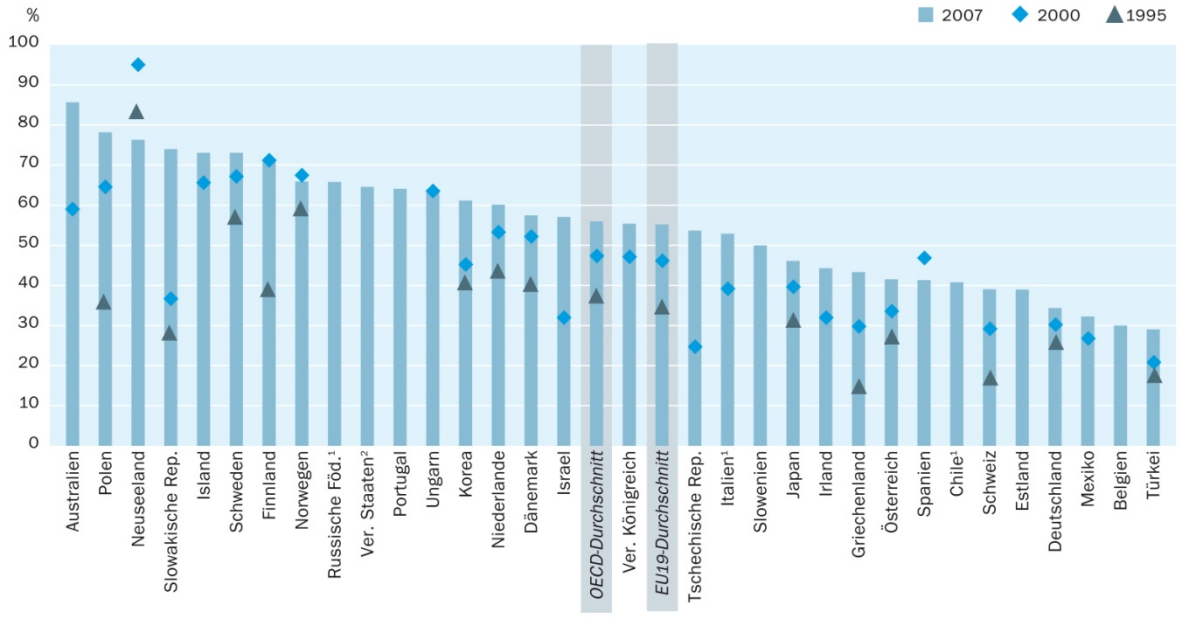
Es nehmen wieder mehr junge Menschen ein Studium auf

Gegenüber 1995 ist die Studienanfängerquote in Deutschland von 26 % über 30 % im Jahr 2000 auf 34 % im Jahr 2007 gestiegen. Im Jahr 2008, das in *Bildung auf einen Blick* noch nicht enthalten ist, wird in Deutschland eine Quote (in internationaler Abgrenzung[1]) von 36 % erreicht. Damit liegt der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung noch deutlich unter den internationalen Vergleichswerten von 56 % (OECD) bzw. 55 % (EU). Spitzenwerte erreichen hier Australien (86 %), Polen (78 %) und Neuseeland (76 %). Zu beachten ist im internationalen Vergleich, dass hierbei nur die Hochschulen und nicht der übrige Tertiärbereich (ISCED 5B) eingehen.

Die Studienanfängerquote in nationaler Abgrenzung ist von 37,1 % im Jahr 2007 auf 39,3 % im Jahr 2008 gestiegen. Damit sind Bund und Länder dem gemeinsam auf dem Qualifizierungsgipfel verabredeten Ziel, 40 % eines Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium zu gewinnen, einen wesentlichen Schritt näher gekommen.

Abbildung A2.3

Studienanfängerquoten im Tertiärbereich A (1995, 2000 und 2007)



1. Studienanfängerquoten für den Tertiärbereich A als Brutto-Studienanfängerquoten berechnet. 2. In den Studienanfängerquoten für den Tertiärbereich A sind die Studienanfängerquoten für den Tertiärbereich B enthalten.
Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge der Studienanfängerquoten im Tertiärbereich A im Jahr 2007.
Quelle: OECD. Tabelle A2.5. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009. StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/664035755120

In Deutschland wird bis 2015 u. a. durch die Doppelentlassjahrgänge in Folge der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur mit zusätzlichen 275.000 Studienanfängern gerechnet. Ziel ist es, auch diesen Studienbewerbern die Aufnahme eines Studiums zu ermöglichen.

Bund und Länder haben sich deshalb im Juni 2007 auf den Hochschulpakt 2020 verständigt, um angesichts der wachsenden Zahl von Studienberechtigten ein bedarfsgerechtes Studienangebot zu schaffen. Der Pakt versetzt die Hochschulen finanziell in die Lage, bis

[1] Ohne Verwaltungsfachhochschulen, andere Studienjahrabgrenzung

zum Jahre 2010 insgesamt mehr als 90.000 zusätzliche Studienanfänger gegenüber dem Bezugsjahr 2005 aufzunehmen. Dafür stellt allein der Bund 565 Mio. € für die Jahre 2007 bis 2010 zur Verfügung und die Länder stellen die Gesamtfinanzierung sicher. Der Pakt hat bereits Wirkung entfaltet. In den Studienjahren 2007 und 2008 konnten mehr als 37.000 junge Menschen zusätzlich ein Studium aufnehmen.

Im Juni 2009 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern die Fortsetzung des Hochschulpakts für den Zeitraum 2011 bis 2015 beschlossen. Für die prognostizierten 275.000 zusätzlichen Studienanfänger investiert der Bund rund 3,8 Mrd. €. Mit der Fortsetzung der zweiten Säule des Hochschulpaktes, der Programmpauschale in Höhe von 20 % der Projektkosten von DFG-geförderten Forschungsvorhaben, wofür der Bund 1,7 Mrd. € aufbringt, und der zweiten zeitgleich beschlossenen Fortsetzung der Exzellenzinitiative mit einem Volumen von 2,7 Mrd. € werden die deutschen Hochschulen in der Forschung weiter gestärkt und für Studierende attraktiver. Zusammen mit der Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation wird das Wissenschaftssystem in Deutschland nachhaltig gestärkt. Das Gesamtpaket hat ein Volumen von rd. 18 Mrd. € bis zum Jahr 2019.

Die Steigerung der Bildungsbeteiligung und die Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs sind angesichts der Anforderungen des globalen Wettbewerbs zentrale Aufgaben der aktuellen Bildungspolitik. Die Verbesserung der Durchlässigkeit des Bildungssystems ist dabei eine wesentliche Voraussetzung, um vorhandene Potentiale zu erschließen und zu fördern. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist in diesem Zusammenhang der Übergang beruflich qualifizierter Personen in den Hochschulbereich unter Anrechnung außerhalb des Hochschulwesens erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten.

In allen Ländern der Bundesrepublik bestehen Möglichkeiten des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Mit Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 wird den Inhabern beruflicher Aufstiegsfortbildung (Meister, Techniker, Fachwirte und Inhaber gleichgestellter Abschlüsse) der allgemeine Hochschulzugang eröffnet und es werden die Voraussetzungen definiert, unter denen beruflich Qualifizierte ohne Aufstiegsfortbildung den fachgebundenen Zugang zur Hochschule erhalten. Außerdem ist es beruflich qualifizierten Studienbewerbern möglich, über die Anrechnung beruflicher Kenntnisse und Fähigkeiten ihr Hochschulstudium um bis zu 50 % verkürzen zu können. Auf diese Weise kann die Schwelle zur Aufnahme eines Studiums gesenkt werden.

Eine Vielzahl von Informations- und Imagekampagnen wie z. B. Projektwochen, Sommerworkshops, Schnupperstudien wird durchgeführt, um mehr Studienberechtigte für die Aufnahme eines Studiums zu gewinnen. Der von Bund und Ländern 2008 verabschiedete Nationale Aktionsplan „Soziale Dimension des Bologna-Prozesses“ soll ein Studium für bislang unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen interessanter machen. Dieser sieht insbesondere den Ausbau des Beratungs- und Betreuungsangebots für Studierende vor. Mit dem zu Jahresbeginn 2008 in Kraft getretenen 22. BAföGÄndG wurden erhebliche materielle Leistungsverbesserungen im BAföG und im Arbeitsförderungsrecht nach dem SGB III vorgenommen

Für die zukünftige wissenschaftlich-technologische Entwicklung werden angesichts der aktuellen und zukünftigen Fachkräfteengpässe in besonderem Maße Absolventinnen und Absolventen Natur- und Ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge benötigt. Das BMBF

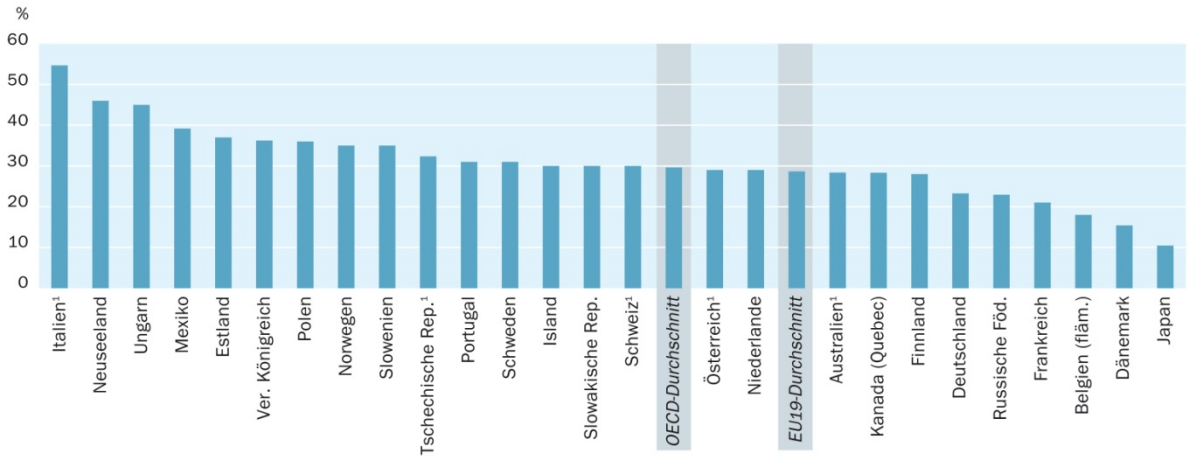
fördert deshalb gemeinsam mit den Ländern Wettbewerbe wie “Jugend forscht”, “Bundeswettbewerb Informatik” und die Auswahlwettbewerbe zur Biologie-, Chemie- und Physikolympiade. Zur Erweiterung des Berufswahlspektrums der Mädchen hat das BMBF gemeinsam mit dem BMFSFJ sowie dem Europäischen Sozialfonds den bundesweit jährlich stattfindenden *Girls‘ Day – Mädchenzukunftstag* unterstützt. Seit 2008 hat das BMBF mit weiteren Partnern aus Politik, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und den Medien den nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen auf den Weg gebracht, der die verschiedenen Initiativen bündelt, Mädchen und junge Frauen für mit. MINT-Berufe zu interessieren.

Hohe Erfolgsquoten beim Studium

Ein wichtiger Indikator für die Effizienz des Bildungssystems ist die Erfolgsquote, also der Anteil derjenigen, die ihr Studium erfolgreich durchlaufen und es nicht vorzeitig abbrechen.

Abbildung A3.5

Anteil der Studierenden, die ein Studium im Tertiärbereich aufnehmen und dieses abbrechen, ohne mindestens einen ersten Abschluss zu erwerben (2005)



1. Nur Tertiärbereich A.

Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge des Anteils der Studierenden (in %), die ein Studium im Tertiärbereich aufnehmen und dieses abbrechen, ohne mindestens einen ersten Abschluss zu erwerben.

Quelle: OECD. Tabelle A3.4. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009. StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/664042306054

Hier liegt Deutschland mit einer Erfolgsquote von 77 % in der Spitzengruppe, d.h. nur 23 % brechen ihr Studium ohne Abschluss ab. Noch höhere Erfolgsquoten erreichen lediglich Japan (90 %), Dänemark (85 %), Belgien (82 %) und Frankreich (79 %). Das OECD-Mittel liegt bei 69 %.

Im Rahmen der Umstellung auf die Bachelor-/Masterstudiengänge konnten – besonders in stark nachgefragten Bachelorstudiengängen – die Betreuungsrelationen verbessert werden. Für den Erfolg eines Studiums ist die Qualität der Lehre ein entscheidender Faktor. Die Länder haben entsprechend ihrer Verantwortung für die Ausbildungsaufgabe der Hochschulen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen geschlossen und spezifische Programme zur Förderung von Innovation und Exzellenz in der Lehre aufgelegt. Dazu zählt der Wettbewerb “Exzellente Lehre”, den die Länder gemeinsam mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ins Leben gerufen haben.

Deutschland nach wie vor für ausländische Studierende attraktiv

Bereits seit längerer Zeit ist Deutschland mit 8,6 % aller ausländischen Studierenden innerhalb des OECD-Raums nach den USA und dem Vereinigten Königreich das drittwichtigste Zielland und nimmt damit eine starke Stellung auf dem internationalen Bildungsmarkt ein. Dies spricht für die hohe Attraktivität Deutschlands als Studienland und seiner Hochschulen. Die Entwicklung seit dem Jahr 2000, als Deutschland noch 9,8 % der ausländischen Studierenden für sich gewinnen konnte, zeigt, dass Deutschland Marktanteile abgegeben hat und weitere Anstrengungen unternommen werden sollten, um Deutschland attraktiv für Studierende aus anderen Staaten zu machen. Die starke Position Deutschlands bei den MINT-Fächern (Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften) stellt hier eine gute Ausgangsbasis dar. So befinden sich hierzulande 38 % der ausländischen Studierenden in einem Studium der Natur-, Agrar- oder Ingenieurwissenschaften. Dieser Anteil wird nur in Finnland (42 %) und Schweden (39 %) übertroffen. In Deutschland haben die Erziehungswissenschaften an Bedeutung für ausländische Studierende zugenommen: Sie konnten ihren Anteil von 4,7 % auf 8,3 % steigern. Ebenfalls begehrt bei ausländischen Studierenden sind die Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (25 %) sowie die Geisteswissenschaften und künstlerischen Fächer (22 %). Diese Zahlen können als Ausdruck einer hohen Attraktivität und Qualität des Studienangebots in diesen Fächern gewertet werden. Im Vergleich mit einer Reihe anderer Staaten ist der Anteil ausländischer Studierenden in den Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften noch steigerungsfähig.

Besonders attraktiv ist Deutschland für Studierende aus Österreich, der Türkei und Polen, sowie Russland und China Zusätzliche Studierende konnten aus Japan und Neuseeland gewonnen werden.

Das deutsche Auslandsschulwesen, die Partnerschaften deutscher Hochschulen mit ausländischen Hochschulen sowie die wachsende Zahl von Niederlassungen deutscher Hochschulen im Ausland tragen dazu bei, Deutschland als Studienort bekannt zu machen und die Vorzüge eines Studiums an deutschen Hochschulen weltweit zu vermitteln. Programme zur Steigerung des Studienerfolgs und der sozialen Integration von ausländischen Studierenden kommen flankierend hinzu.

Abbildung C2.4

Verteilung internationaler Studierender, nach Fächergruppe (2007)

Anteil internationaler Studierender (in %), die in den einzelnen Fächergruppen eingeschrieben sind

1. Ohne Tertiärbereich B. 2. Ohne weiterführende forschungsorientierte Studiengänge. 3. Referenzjahr 2006. 4. Ohne Daten zu Studiengängen im Bereich „Social Advancement". 5. Verteilung ausländischer Studierender nach Fächergruppen. Diese Daten sind nicht mit den Daten zu internationalen Studierenden vergleichbar, daher werden sie getrennt aufgeführt.

Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge des Anteils internationaler Studierender (in %), die in „Naturwissenschaften, Agrarwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen" eingeschrieben sind.

Quelle: OECD. Tabelle C2.5. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009. StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/664653153762

Auch die Bereitschaft deutscher Studierender, im Ausland Erfahrungen zu sammeln, ist hoch: Im Jahr 2007 waren 85.000 deutsche Studierende international an Hochschulen eingeschrieben, das sind 3,2 % aller im Ausland Studierenden in OECD-Ländern; eine Quote, die nur von China (16,3 %), Indien (6,2 %) und Korea (4,4 %) übertroffen wird. Mittelfristiges Ziel bleibt, dass jeder zweite Studierende eine substanzielle Auslandserfahrung, sei es im Rahmen des Studiums oder als Praktikum, absolviert haben sollte; derzeit ist es nur etwa jeder Dritte. Die Kampagne "go out! - Studieren weltweit" soll durch Information, Beratung und Werbung weitere Studierende zu einem Auslandsaufenthalt motivieren; Stipendien unterstützen dies.

Investitionen in Bildung lohnen sich

Bildung ist in allen OECD-Staaten der sicherste Weg, um ein hohes Einkommen zu erzielen. Mit jedem weiteren Bildungsabschluss steigt es in der Regel an. Besonders lohnenswert ist unter diesem Aspekt ein Abschluss im Tertiärbereich (Hochschul- Fachschul- oder

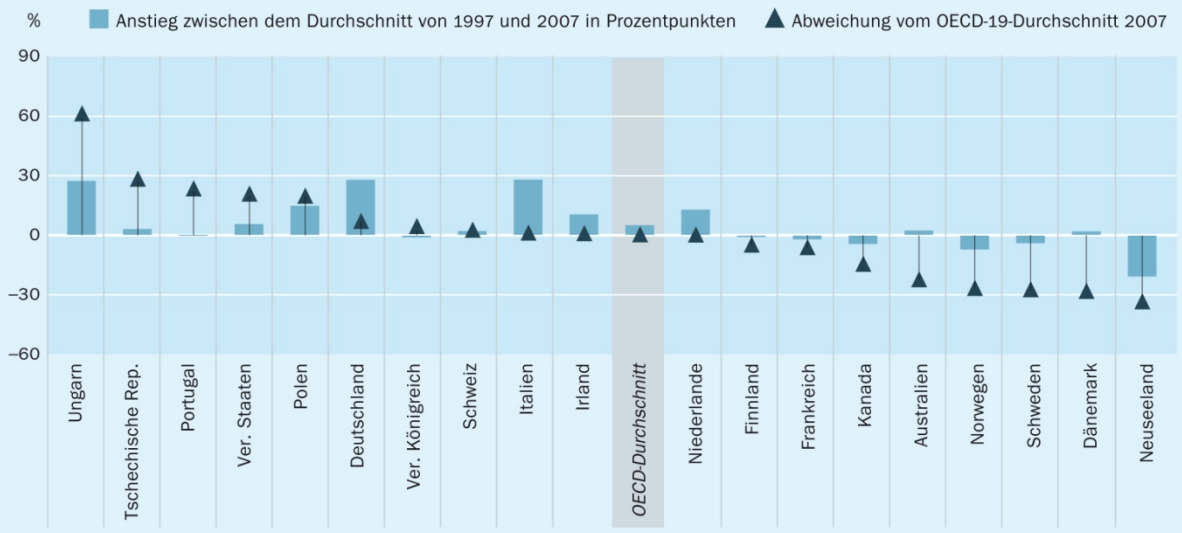
Meisterabschluss). Verglichen mit dem Erwerbseinkommen von Personen mit einem Abschluss im Sekundarbereich verdienen Personen mit tertiärem Abschluss 62 % mehr. Im OECD-Durchschnitt sind es 51 % mehr.

Betrachtet man die Einkommensentwicklung der letzten zehn Jahre zeigt sich, dass der Einkommensvorteil von Absolventen des Tertiärbereichs gegenüber jenen des Sekundarbereichs im Allgemeinen gestiegen ist, besonders stark in Deutschland und Italien (jeweils 28 %) sowie Ungarn (27 %). Damit liegen mittlerweile die Einkommensvorteile dieser Gruppe in Deutschland um 7 % über dem OECD-Durchschnitt.

Abbildung A7.1

Durchschnittlicher relativer Einkommensanstieg im Tertiärbereich zwischen 1997 und 2007 und Abweichung des durchschnittlichen relativen Einkommens im Tertiärbereich vom OECD-Durchschnitt (2007)

Die Relation der Erwerbseinkommen von Absolventen des Tertiärbereichs zu denen von Absolventen des Sekundarbereichs II ist ein guter Maßstab für die Angebots- und Nachfragesituation für Akademiker und die Anreize für Investitionen in ein Hochschulstudium. In einigen Ländern hat der Einkommenszuschlag für Absolventen des Tertiärbereichs deutlich zugenommen. So sind die entsprechenden relativen Erwerbseinkommen in Deutschland, Italien und Ungarn um mehr als 20 Prozentpunkte gestiegen, womit der Einkommenszuschlag in allen drei Ländern über dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt. Die relativen Einkommen von Absolventen des Tertiärbereichs in Kanada, Neuseeland, Norwegen und Schweden sind gesunken, und der jeweilige Einkommenszuschlag ist dadurch noch weiter unter den OECD-Durchschnitt gefallen. Wer in Polen, Portugal, der Tschechischen Republik und den Vereinigten Staaten den Tertiärbereich absolviert hat, wird weiterhin gut dafür belohnt.



Anmerkung: Unterschied im Durchschnitt der relativen Einkommen bei einem Abschluss im Tertiärbereich für die Jahre 1997/1998/1999 und Durchschnitt für die Jahre 2005/2006/2007. Unterschied im Durchschnitt der relativen Einkommen bei einem Abschluss im Tertiärbereich für die Jahre 2005/2006/2007 für die einzelnen Länder und im OECD-Durchschnitt, basierend auf 19 Ländern mit verfügbaren Daten.
Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge der Abweichung vom OECD-Durchschnitt.
Quelle: OECD. Tabelle A7.2a. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009. StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/664140647056

Hinzu kommt, dass immer mehr junge Absolventen des Tertiärbereichs eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung finden. Seit 1998 sind die beruflichen Chancen für Absolventen des Tertiärbereichs in Finnland, Deutschland, der Schweiz und Österreich am stärksten gestiegen, in den meisten OECD-Staaten dagegen gesunken. Die überdurchschnittlichen Zuwächse deuten darauf hin, dass die Nachfrage nach Hochqualifizierten nach wie vor ungebrochen ist. Dies sollte noch mehr jungen Menschen Mut machen, ein Studium oder eine andere hochqualifizierte Ausbildung anzustreben und dort Zeit und Geld zu investieren.

Auch für das Gemeinwesen lohnt sich die Investition in Bildung durch höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge sowie das geringere Arbeitslosigkeitsrisiko.

Politisches Interesse steigt mit Bildungsstand

Ein neuer Indikator zeigt den Zusammenhang zwischen Bildung, Gesundheit, politischem Interesse und sozialem Zusammenhalt. Erwachsene, die einen höheren Bildungsstand erreicht haben, schätzen ihren Gesundheitszustand signifikant häufiger als mindestens “gut” ein, sind politisch interessierter und vertrauen stärker auf den sozialen Zusammenhalt als Personen mit niedrigem Bildungsstand. Bildung fördert die Entstehung und Entwicklung von Werten, die bürgerschaftliches Engagement und politisches Interesse anregen, sowie die Fähigkeiten und das Selbstvertrauen des Einzelnen, um sich gesellschaftlich einzubringen.

Gute Bildung kostet Geld

Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft eines Landes. Sie sind in hohem Maße geeignet, das Wirtschaftswachstum zu stärken, die Produktivität zu steigern, die persönliche und die gesellschaftliche Entwicklung zu fördern und soziale Ungleichheiten zu verringern. Ohne angemessene personelle und materielle Ausstattung kann das Bildungssystem den vielfältigen Anforderungen nicht gerecht werden. Dies gilt auch angesichts der derzeit herrschenden finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte.

Der Anteil der gesamten Bildungsausgaben in international vergleichbarer Abgrenzung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 2006 in Deutschland 4,8 % und ist damit im Vergleich zu 1995 um 0,3 Prozentpunkte gefallen. Dies ist vor allem auf die seinerzeit vorgenommene Umstrukturierung der Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen, die zwischenzeitig wieder zugenommen hat. Im gleichen Zeitraum stieg der OECD-Mittelwert der Staaten, für die vergleichbare Werte vorliegen, von 5,4 % auf 5,5 %. Die höchsten Werte weisen Island (8,0 %), Israel (7,8 %), die Vereinigten Staaten (7,4 %) sowie Korea und Dänemark (je 7,3 %) auf, die niedrigsten die Türkei (2,7 %) und Russland (3,9 %). Allerdings ist dabei auch die demographische Entwicklung zu berücksichtigen. Länder mit sinkenden Schüler- und Studentenzahlen wie Deutschland haben tendenziell geringere Bildungsausgaben als andere.

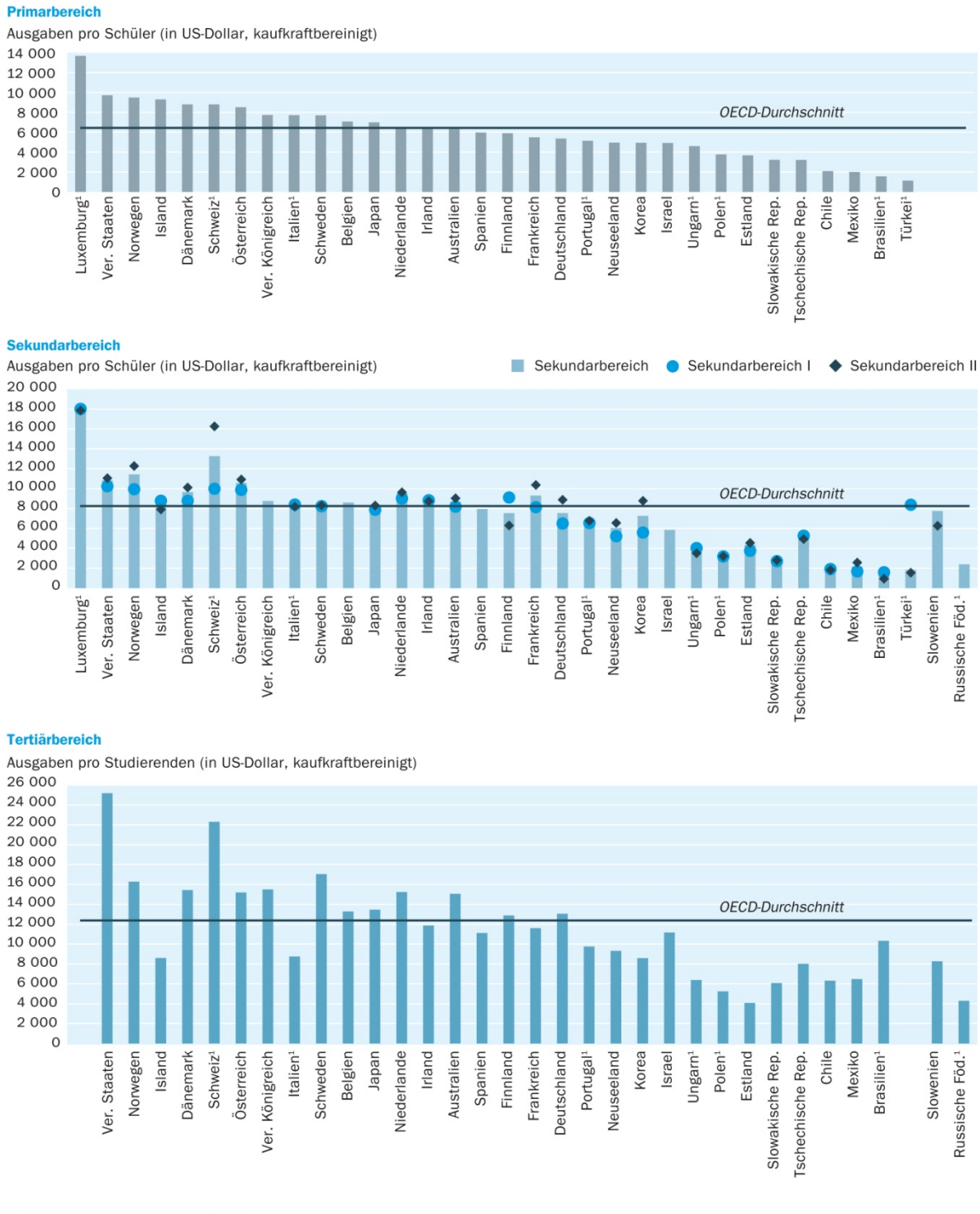
Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich auf dem Qualifizierungsgipfel am 22.10.2008 auf das Ziel verständigt, dass in Deutschland bis zum Jahre 2015 10 % des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investiert werden sollen.

Bei Betrachtung der Ausgaben pro Schüler/Studierenden liegt Deutschland mit 7.900 US-Dollar über dem OECD-Durchschnitt von 7.800 US-Dollar und dem EU-19-Durchschnitt von 7.600 US-Dollar. Ein differenziertes Bild zeigt sich nach Bildungsbereichen. Im Primarbereich und in der Sekundarstufe I gibt Deutschland mit 5.400 und 6.600 US-Dollar weniger aus als der OECD-Durchschnitt (6.400 bzw. 7.500 US-Dollar). Über dem OECD-Durchschnitt liegen dagegen die Ausgaben je Bildungsteilnehmer im Elementar- und Sekundarbereich II (5.700 und 9.200 US-Dollar) sowie im Tertiärbereich (13.000 US-Dollar).Die entsprechenden OECD-Durchschnitte liegen im Elementar- und Sekundarbereich II bei 5.300 und 8.500 US-Dollar, im Tertiärbereich bei 12.300 US-Dollar.

Abbildung B1.2

Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierenden für alle Leistungsbereiche, nach Bildungsbereich (2006)

In US-Dollar, kaufkraftbereinigt, basierend auf Vollzeitäquivalenten



1. Nur öffentliche Bildungseinrichtungen.

Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge der Ausgaben für Bildungseinrichtungen pro Schüler im Primarbereich.

Quelle: OECD. Tabelle B1.1a. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009. StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/664234230084

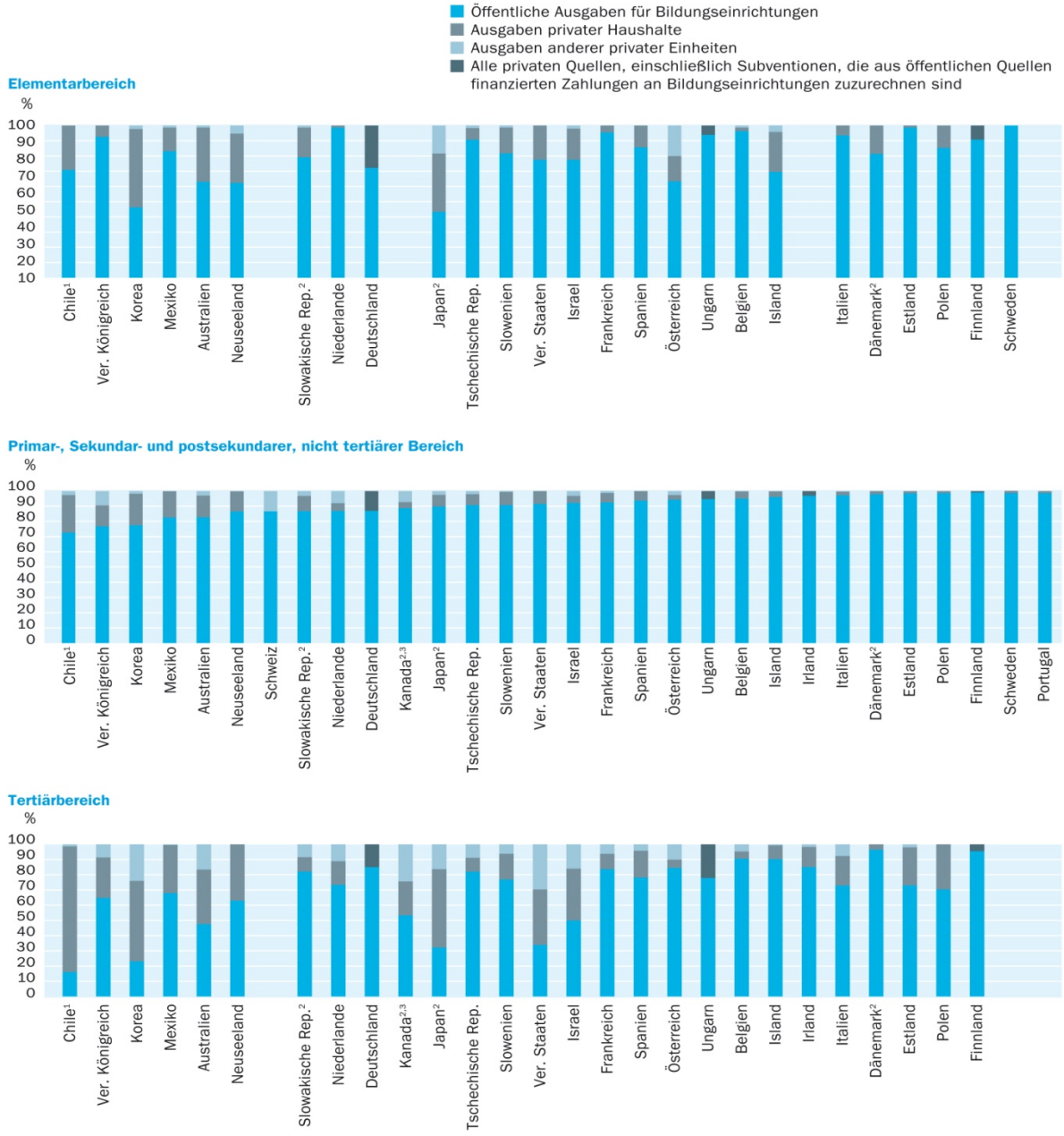
Private Bildungsausgaben gestiegen

Die Bildungsfinanzierung aus privaten Quellen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Vergleicht man in einer Zeitreihe, wie sich die öffentlichen und die privaten Anteile an den Bildungsausgaben entwickelt haben, zeigt sich in Deutschland zwischen 2000 und 2006 eine Zunahme der privaten Quellen von 14,4 % auf 14,8 % (OECD-Mittelwert für 2006: 15,3 %). Nach Bildungsbereichen sind in Deutschland folgende Unterschiede zwischen den Bildungsausgaben festzustellen:

Abbildung B3.2

Anteile öffentlicher und privater Ausgaben für Bildungseinrichtungen (2006)

Nach Bildungsbereich



1. Referenzjahr 2007. 2. Einige Bildungsbereiche sind in anderen Bildungsbereichen enthalten. Einzelheiten s. Erläuterung von „x" in Hinweise für den Leser. 3. Referenzjahr 2005.

Anordnung der Länder in aufsteigender Reihenfolge des Anteils der öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Primar-, Sekundar- und postsekundaren, nicht tertiären Bereich.

Quelle: OECD. Tabellen B3.2a und B3.2b. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009. StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/664257001651

Der private Anteil an den Bildungsausgaben ist beim Elementarbereich mit 28 % am höchsten. Wesentlicher Bestandteil sind dabei die Elternbeiträge für Kindertagesstätten. International variiert der private Anteil erheblich und beträgt im OECD-Mittel 19 %. Am höchsten ist er in Japan und Korea mit über 50 %, am niedrigsten in den Niederlanden mit gut 1 %.

Im Primar- und Sekundarbereich erreicht der private Anteil in Deutschland 13 % (OECD-Mittel 9%). Die Anteile reichen international von 0,1 % (Schweden, Portugal) bis zu 23 % im Vereinigten Königreich. Der überwiegende Teil der privaten Mittel in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden betrifft die Ausgaben der Unternehmen für die duale Berufsausbildung.

Im Tertiärbereich ist der private Anteil an den Bildungsausgaben in Deutschland im Zeitraum von 2000 bis 2006 von 12 % auf 15 % gestiegen. Das EU-Mittel beträgt 19 %, OECD-Mittel 27 %. Die höchsten Anteile verzeichnen Japan (68 %), die Vereinigten Staaten (66 %) und Australien (52 %), die niedrigsten die skandinavischen Länder Finnland, Dänemark und Norwegen (jeweils unter 5 %).

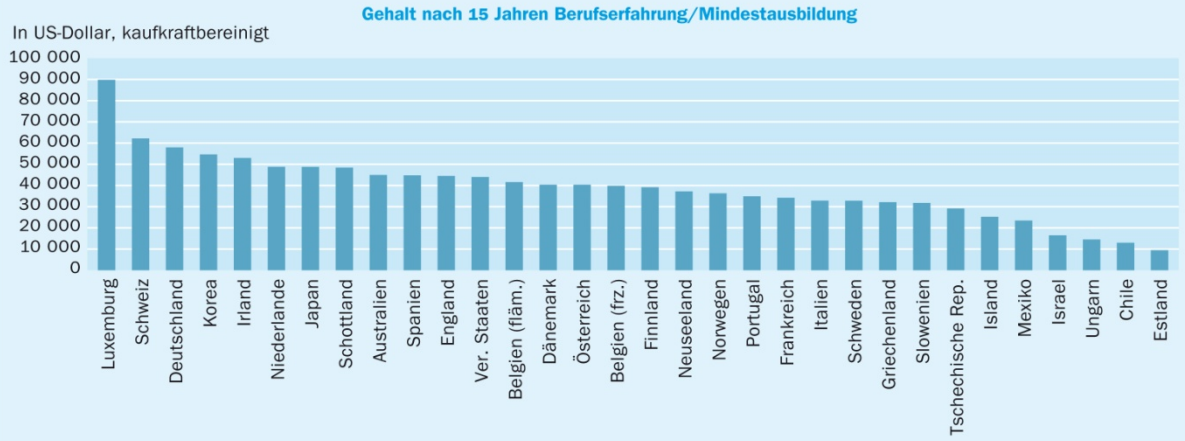
Lehrkräfte können mit guter Bezahlung rechnen

Sowohl in Bezug auf die absolute Höhe als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sind die Lehrergehälter in Deutschland im internationalen Vergleich gut. So nehmen insbesondere die Anfangsgehälter, umgerechnet in Kaufkraftparitäten, mit 43.000 US-Dollar im Primarbereich, 48.000 im Sekundarbereich I und 52.000 im Sekundarbereich II Positionen im oberen Bereich ein. Höhere Einstiegsgehälter können die Lehrkräfte in Luxemburg (bis 72.000 US-Dollar) und der Schweiz (bis 56.000 US-Dollar) realisieren. Auch die Bezahlung je geleisteter Unterrichtsstunde ist mit 66, 76 bzw. 87 US-Dollar für Lehrkräfte mit 15-jähriger Berufserfahrung relativ gut. Damit ist die Lehrertätigkeit in Deutschland hinsichtlich der Bezahlung attraktiv. Entwicklungen hin zu mehr Eigenständigkeit der Schulen können dazu beitragen, die Anreizstrukturen für besonderes Engagement der Lehrkräfte zu steigern.

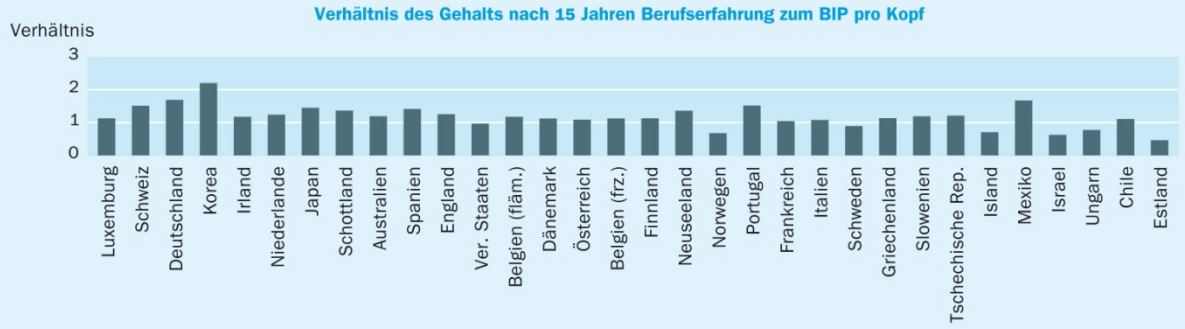
Abbildung D3.1

Lehrergehälter im Sekundarbereich I (2007)

Die Gehälter von Lehrern mit mindestens 15 Jahren Berufserfahrung im Sekundarbereich I liegen zwischen weniger als 15.000 US-Dollar in Ungarn sowie den Partnerländern Chile und Estland, mindestens 52.000 US-Dollar in Deutschland, Irland, Korea und der Schweiz und mehr als 89.000 US-Dollar in Luxemburg.



Die Gehälter von Lehrern mit mindestens 15 Jahren Berufserfahrung im Sekundarbereich I sind in Korea mehr als doppelt so hoch wie das BIP pro Kopf, während sich diese Gehälter in Island, Norwegen und den Partnerländern Estland und Israel auf höchstens 75 Prozent des BIP pro Kopf belaufen.



Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge des Jahresgehalts von Lehrern im Sekundarbereich I nach 15 Jahren Berufserfahrung (mit Mindestausbildung).
Quelle: OECD. Tabelle D3.1. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009. StatLink: http://dx.doi.org/10.1787/665004614152

Demgegenüber besteht für Lehrkräfte in Deutschland eine relativ hohe Unterrichtsverpflichtung:

Gegenüber 1996 wurde die Unterrichtszeit für Lehrkräfte um 4 % (Primarbereich) bzw. 6 % (Sekundarbereich) erhöht. Mit 714 (Sekundarbereich II) bis 806 (Primarbereich) Unterrichtsstunden liegt die Unterrichtszeit für Lehrkräfte in Deutschland über dem Durchschnitt der OECD-Mitgliedstaaten (653 bis 798). Die Unterrichtszeit verteilt sich dabei in Deutschland auf 40 Wochen im Jahr (OECD-Mittel: 38 Wochen).